

Vor Parteitag

CDU-Wirtschaftsrat mahnt Verschärfung der Schuldenbremse an

Union und SPD streiten über die Reform der Schuldenbremse. Vor dem CDU-Parteitag drängt der Wirtschaftsrat nach SPIEGEL-Informationen auf striktere Vorgaben.

Die Bundestagswahl vor knapp einem Jahr hat zu einem Regierungsbündnis geführt, dessen Partner teils grundverschiedene Vorstellungen haben. Besonders deutlich zeigt sich das bei der geplanten Reform der Schuldenbremse.

Während die SPD dafür plädiert, das ohnehin schon aufgeweichte Regelwerk noch weiter zu lockern, um schuldenfinanzierte Investitionen auf den Weg zu bringen, möchten Vertreter von CDU und CSU die Bremse am liebsten wieder anziehen. Eine Modernisierung der Schuldenbremse dürfe »nicht in ihrer weiteren Aufweichung bestehen«, fordert die Junge Union in einem Antrag für den CDU-Parteitag.

Der Konflikt spiegelt sich in der von beiden Koalitionspartnern berufenen Reformarbeitsgruppe aus Ökonomen und Juristen wider. Weil in diese Kommission wegen einer möglichen Verfassungsänderung auch Experten von Grünen und Linkspartei berufen wurden, wähnt sich die Fraktion der Hardliner in der Minderheit, was ihre Bereitschaft zu Zugeständnissen nicht gerade erhöht. Die Unionsvertreter tun sich schwer mit einer Reform, von der sie befürchten, dass sie zu weiteren Lockerungen führt.

Nun bekommen sie Schützenhilfe von außen. Der Ökonom Lars Feld hat für den Wirtschaftsrat der CDU ein zehnteiliges Gutachten geschrieben, das dem SPIEGEL vorliegt. Der Titel: »Für eine Schuldenbremse mit Biss«. Das Papier ist an die Mitglieder der Expertenkommission adressiert, richtet sich aber auch an den CDU-Parteitag, der am Freitag in Stuttgart beginnt. Feld ist Vorsit-

zender des Wissenschaftlichen Beirats des Wirtschaftsrats, eines der CDU nahestehenden Unternehmensverbände. Von 2019 bis 2021 hieß der Vizepräsident dieses Verbands Friedrich Merz.

Feld, bis vor einem Jahr Berater des früheren Finanzministers Christian Lindner (FDP), findet schon den Auftrag der Reformkommission irreführend und deshalb kritikwürdig. Die Bundesregierung habe ihr den Auftrag gegeben, Vorschläge zu entwerfen, mit denen »dauerhaft zusätzliche Investitionen in die Stärkung Deutschlands ermöglicht« werden.

Die »politische Zielsetzung« von Finanzminister Lars Klingbeil (SPD), mit einer Modernisierung der Schuldenbremse Investitionen zu ermöglichen, beruht nach Einschätzung Felds auf »drei ökonomischen Gedankenfehlern«:

Erstens habe die Schuldenregel **Investitionen des Bundes nicht verringert**, im Gegenteil. »In den Haushaltsjahren 2014 bis 2024 ist der Anteil der Investitionen am Bundeshaushalt von 9,9 Prozent auf 14,5 Prozent gestiegen«, schreibt Feld in seinem Papier.

Zweitens müsse der Großteil der erforderlichen Investitionen für den Umbau der deutschen Wirtschaft aus der **Privatwirtschaft** kommen.

Drittens folge aus dem Bedarf öffentlicher Investitionen nicht zwangsläufig eine Finanzierung aus **öffentlicher Verschuldung**.

Felds Fazit: »Das Ziel sollte eine Schärfung der Schuldenbremse sein, um die Glaubwürdigkeit gegenüber den Marktteilnehmern zu stärken und die fiskalische Tragfähigkeit langfristig zu sichern.«

Feld sieht »Verschiebebahnhof« im Haushalt

In der politischen Debatte werde der Investitionsbegriff außerdem »zumeist willkürlich genutzt«, schreibt Feld. Er sei aber nicht eindeutig definiert. So gelten Ausgaben für Forschung und Bildung als staatlicher Konsum, nicht als Investitionen in die Zukunft.

Der Ökonom kritisiert einen »Verschiebebahnhof« im Bundeshaushalt. So würden zahlreiche Ausgaben über das 500 Milliarden Euro schwere Sondervermögen für Infrastruktur finanziert, bei denen es sich eigentlich um Konsumausgaben handele. »Das ist ein Armutszeugnis«, sagte Feld dem SPIEGEL.

Die Frage ist, was sinnvolle Investitionen des Staates sind. Feld weist darauf hin, dass es um Maßnahmen gehen müsse, die die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit steigern, sich also positiv auf die Produktivität auswirken. »Empirische Studien zeigen, dass Bildungsinvestitionen eine Rendite von gut fünf Prozent erzielen.« Das sei deutlich mehr als von Investitionen in Beton, Schienen oder Maschinen zu erwarten sei, die bislang vor allem unter den Investitionsbegriff der Bundeshaushaltsordnung fallen.

Kippt die Ausnahme für Verteidigungsausgaben?

Feld stellt auch die Ausnahme von Verteidigungsausgaben von der Schuldenbremse infrage. »Die Verteidigung gehört zu den grundlegenden Aufgaben des Staates. Sie muss perspektivisch wieder aus den laufenden Steuereinnahmen finanziert werden.«

Das sieht auch die Reformkommission in ihrer Mehrheit so, wie zu erfahren ist. Die sogenannte Bereichsausnahme für Verteidigungsausgaben müsse weg, heißt es. Sie erlaubt der Bundesregierung, alle Ausgaben für die äußere Sicherheit, die ein Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) übersteigen, in absoluten Zahlen also rund 44 Milliarden Euro, mit frischen Krediten zu bezahlen.

»Das läuft auf einen Blankoscheck hinaus«, sagt ein Kommissionsmitglied.

Bleibt es bei dieser Ausnahmeregelung, ist die weitere Entwicklung der Staatsfinanzen absehbar: Die Staatsverschuldung läuft eher in Richtung 100 Prozent des BIP als 60 Prozent, wie es die Union schnellstmöglich anstrebt.

Etliche Experten halten es hingegen nur für möglich, zukünftig 200 Milliarden Euro und mehr an Verteidigungsausgaben aus dem Bundesetat zu stemmen, wenn andere Ausgaben stattdessen mit frischen Krediten finanziert werden dürfen, wenn also die Schuldenbremse gelockert wird. »Alles andere ist doch illusorisch«, sagt ein Teilnehmer.

Der CDU-Wirtschaftsrat appelliert an die Union, standhaft zu bleiben. Sein Generalsekretär Wolfgang Steiger hält eine schärfere Schuldenbremse für unumgänglich. Diese verhindere keine Investitionen, sondern zwingt »zu disziplinierter Haushaltsführung mit klarer Priorisierung«. Eine Aufweichung »wäre ein fatales Signal«, meint Steiger, »gerade auch im Hinblick auf die Finanzmärkte, die sich in ihrem Rating für die Eurozone stark am Rating Deutschlands orientieren«.

Weil das Infrastruktur-Sondervermögen »zu Teilen zweckentfremdet« werde, müsse die CDU sich jetzt »als Kraft etablieren, die glaubwürdig für tragfähige öffentliche Finanzen eintritt«.

Wörter:
Autor/-in:

826
Christian Reiermann Christian
Teevs

Jahrgang:
Ausgabe:

2026
Einzelausgabe

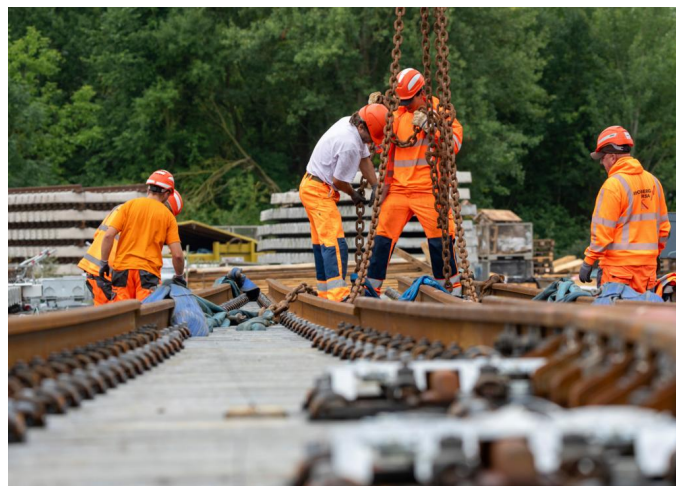
Ressort:
Rubrik:
Medienkanal:
Mediengattung:
Medientyp:

hauptstadtbuero
Politik/Deutschland
ONLINE
Online News
ONLINEMEDIEN

Weblink: <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/cdu-wirtschaftsrat-mahnt-verschaerfung-der-schuldenbremse-an-a-9ca4d382-2762-41af-b61b-ce899e2da811>



Ökonom Feld: Der Investitionsbegriff werde »zumeist willkürlich genutzt«



Bauarbeiter mit Weiche für die Sanierung der Bahnstrecke Berlin – Hamburg